

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Gewerkschaftliche Forderungen und Widerstände.

Nichts ist natürlicher als das steigende Unbehagen, das man seit einigen Monaten in gewissen Kreisen des Großunternehmertums beobachten kann. Es fehlt dort etwas, mit dem sich früher so bequem leben ließ, das nie versagte, wenn man einen besonderen Trümpf gegen die Arbeiterbewegung auspielen wollte. In der Tat — die Haltung der Gewerkschaft zu den großen Fragen der Kriegszeit hat manchen Leuten das Konzept gründlich verschoben. Ursprünglich sah man sich des sichersten Agitationsmittels beraubt. Wie war es vordem so leicht gewesen, unbequeme Ansprüche der Arbeiter mit dem Hinweis auf die antinationale Gesinnung der Arbeiterbewegung zu Fall zu bringen! Bei jeder sozialpolitischen Forderung der Arbeiter kam aus gewissen Unternehmerkreisen der Ruf, daß die Gewährung eine „weitere“ Konzeßion an den organisierten Staatsfeind, eine weitere Stärkung der Elemente des Umsturzes sei. Diese Agitation war keineswegs harmlos; wir haben allzu oft erfahren müssen, wie unfehlbar ihre Argumente wirkten — nicht zum Wohle des Ganzen!

Die Ereignisse des 4. August und was ihnen als Konsequenz folgte, haben denen, die an der Isolierung der Arbeiterbewegung interessiert sind, diese Trümpfe aus der Hand geschlagen. Mit dem Schreckgespenst der Staatsfeindschaft der Arbeiterbewegung läßt sich künftig kaum noch ein halbwegs anständiger Hund hinter dem Ofen hervorlocken.

Es hatte einen eigenen Reiz, zu beobachten, wie diese Erscheinungen auf der anderen Seite wirkten. Für einige kurze Wochen ließ die tragische Größe der Zeit dort alle die gewohnten Töne verstummen. Als man dann aber merkte, daß die Vertretungen der Arbeiterschaft hier und da einigen Einfluß auf wichtige Entscheidungen der Regierungsbehörden ausübten, fand man die Sprache bald wieder. Das Wort von der notwendigen Neuorientierung erregte das stärkste Unbehagen. Solange es eben nur ein Wort blieb, hielt man indes an sich, und erst als man ihm praktisch Folge geben wollte, als man den Spitzen des großen Unternehmertums zumutete, mit Arbeitervertretern gemeinsam über belangreiche Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kriegsrüstung zu beraten, trat die völlige Abgeniertheit dieser Kreise offen hervor. Nichts da von Neuorientierung! An dem alten bewährten Standpunkt wollte man nicht rütteln lassen!

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ gewährt hin und wieder einen Einblick in die Anschauungswelt jener Kreise. Wichtigere als die redaktionellen Leistungen des Blattes sind jedoch die gelegentlichen Zuidriften, die meist von Leuten stammen, die tatsächlich als Wortführer des großen Unternehmertums angesehen werden müssen. Nach diesen Neußerungen scheint es, als ob die Erfahrungen der Kriegszeit mit ihren wunderlichen Umwertungen und Reinkörperungen im Leben des deutschen Volkes hier ohne jede Wirkung vorübergegangen

wären. Schon die schlechtthin selbstverständliche Regelung der Stellung der Gewerkschaften im Vereinsrecht hat dort scharf verstimmend gewirkt und Neußerungen entriesteten Tadeln geweckt. Die Aussicht, daß man auch verfassungsrechtlich die Konsequenzen der neuen Lage ziehen, daß insbesondere im führenden Bundesstaate mit den ärgsten politischen Versteinerungen aufgeräumt werden könnte, erregt ehrlichstes Grauen. Entschiedener fast noch wendet man sich gegen etwaige Absichten auf öffentliche Organisation der Arbeitsvermittlung; hier findet man auch ganz die alten Töne wieder. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist und bleibt nun einmal ein Element des Umsturzes, und darum heiße die öffentliche Organisation der Arbeitsvermittlung unter der nicht zu umgehenden Mitwirkung der Berufsvereine einfach Stärkung der Staatsfeinde, Auslieferung der Interessen der Industrie an die geschworenen Feinde der Gesellschaft.

Nichts ist, wie gesagt, natürlicher als diese Erscheinung. Kein Arbeiterpolitiker hat etwas anderes erwartet. Was man dabei bedauern mag, ist, daß diese Stimmen jetzt schon wieder laut werden, wo es das allgemeine Interesse verbietet, die notwendige Auseinandersetzung mit der gebotenen Schärfe zu führen. Man muß sich darauf beschränken, ihnen die Ansprüche der Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Ist man dort über die teilweise Säuberung des Vereinsgesetzes von gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen ungehalten, so ist es unsere Sache, demgegenüber zu betonen, daß wir darin erst den Anfang einer Reformarbeit auf dem Gebiete des Koalitionsrechts sehen, dem noch manches andere folgen muß, nicht zuletzt die Beseitigung des Ausnahmerechts, das im § 153 der Gewerbeordnung liegt. Aber es handelt sich nicht allein um die Beseitigung schädlicher Bestimmungen — darüber hinaus fordert die Arbeiterklasse ihre Gleichberechtigung mit Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft im öffentlichen korporationswesen. Was man ihr heute als eine von Fall zu Fall eintretende Gunst gewährt, die Mitwirkung bei öffentlichen sozialen Angelegenheiten, will sie als ihr Recht in Anspruch nehmen können. Und gleichviel, ob es dem großen Unternehmertum genehm ist oder nicht, sie wird diesen Anspruch mit aller Kraft und Fähigkeit verteidigen.

Ueber die von der Arbeiterschaft geforderten verfassungsrechtlichen Reformen ist kein Wort zu verlieren. Wer da glaubt, die Masse des werktätigen Volkes auch ferner noch aus der staatsbürgerlichen Gemeinschaft ausschließen zu können, hat sich mit dieser Masse auseinanderzusetzen, wenn sie zurückkehrt von den Feldern, auf denen sie das Schicksal des Landes mit den Bajonetten sicherstellte.

Es ist dringend zu wünschen, daß der Widerstand der Industriebesitzer gegen die öffentliche Organisation der

Arbeitsvermittlung überwunden werde, und wenn irgendwo, dann ist wohl hier zu erwarten, daß sich das Allgemeininteresse gegen das Sonderinteresse einer einzelnen Schicht durchsetzt. Allerdings haben die Arbeiter bei dieser Forderung zunächst die Ausschaltung des übermächtigen und verderblichen Einflusses der verächtlichen Zwangsmacht der Unternehmerkoalitionen im Auge. Aber es liegt sonnenklar auf der Hand, daß hier, wie in so manchem Falle, das Allgemeininteresse mit dem Interesse der Arbeiter zusammenfällt. Die deutsche Volkswirtschaft, die durchaus nicht nur von der Schicht der Industriellen getragen wird, fordert hier, bei der Verwaltung unseres kostbarsten nationalen Gutes, das die lebendige Arbeitskraft trotz aller Unternehmerphilosophie ist, größte Planmäßigkeit, vollkommenste Organisation. Bei der grundsätzlichen Ablehnung des paritätischen Zusammenarbeitens durch die maßgebenden Unternehmerorganisationen ist diese eben nur auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu erreichen. Der erbitterte Widerstand gegen diese Forderung erhält ein besonderes Relief, wenn man sich vorstellt, welche Aufgaben die Arbeitsvermittlung nach Friedensschluß zu bewältigen haben wird.

Die für diesen Zeitpunkt zu erwartende Lage rückt auch die schon vor dem Kriege dringliche Frage der Arbeitslosenfürsorge in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Man kann aus zwingenden Gründen die Erfüllung dieser sozialen Pflicht künftig noch weniger als früher von den Gewerkschaften oder gar von der allgemeinen Wohltätigkeit erwarten. Beide Faktoren werden jedenfalls auch dann tun, was in ihren Kräften steht; aber wir dürfen nicht vergessen, wie sehr diese Kräfte während der Kriegszeit beansprucht worden sind. Der Friedensschluß wird, selbst bei vor sorglichster Rücksichtnahme auf seine nächsten wirtschaftlichen Wirkungen, Zustände auf dem Arbeitsmarkt schaffen, die eine kräftige öffentliche Arbeitslosenfürsorge mit unerbittlicher

Strenge fordern. Siderlich wird die Arbeiterkass auf den starken Widerstand der Unternehmer stoßen, wenn sie verlangt, daß man dauernde Einrichtungen für die Unterfützung der Arbeitslosen schafft. Vielleicht oder sehr wahrscheinlich wird sich dieser Widerstand nicht nur auf Unternehmerränge beschränken. Da darf dann die Arbeiterkass als der Wortführer besten Deutschturns ihre Forderung vertreten. Was mehr als vieles andere die viel bewunderte Stärke Deutschlands ausmacht, ist seine verhältnismäßig hochentwickelte soziale Organisation. Will man beste deutsche Eigenart sehen, so findet man sie in unserer sozialen Organisationsweisen, das mehr als jedes andere Element unseres öffentlichen Lebens seine Kraft aus dem eigenen inneren Wollen des Volkes geschöpft hat. Ohne den Dingen irgendwie Gewalt anzutun, kann man in der Ausbildung und Verbreitung des Prinzips der sozialen Organisation die geschichtliche Sendung des deutschen Volkes sehen, und wenn man die Eigenschaft des deutschen Weiens sucht, die der Welt Gemeinung von schweren Gebrechen bringen kann, dann ist sie hierin zu finden. —

Allerdings wird die Arbeiterkass gut tun, sich nicht nur auf die Trefflichkeit ihrer Argumente zu verlassen. Was sie bei der Verfolgung ihrer Ziele vor allem nötig hat, das ist Eigenkraft, das sind sturmreife Organisationen. Soweit heute ein Urteil darüber möglich ist, muß man sagen, daß die Gewerkschaften die schwere Probe der Kriegszeit im allgemeinen nicht schlecht bestanden haben. Aber selbstverständlich hat der Krieg von ihnen gewaltige Opfer gefordert. Er hat die noch im Lande weilende Arbeiterkass ihre Aufgabe, so wird sie alles daran setzen, den kräfteverlust wieder auszugleichen. Mit der Stärke unserer Organisationen stehen und fallen unsere Forderungen, siegen oder fallen die Widerstände.

H. Winnia.

Unser Verband am Schlusse des 13. Kriegsmontats.

Die Berichterstattung für August ist wieder schlechter geworden. 9 Filialen haben trotz Mahnung den Berichtbogen nicht eingesandt. Es sind dies: Landsbut (Gau Augsburg), Bremerhaven (Bremen), Liljit (Königsberg), Reichensbach (Leipzig), Halberstadt (Magdeburg), Traunstein (München), Nibingen, Kulmbach (Nürnberg) und Pforzheim (Stuttgart). Für diese Filialen wurde der alte Bestand eingetragen.

Am 31. August waren noch 28 300 Mitglieder vorhanden, das sind 51,9 Proz. des Bestandes am Schlusse des 2. Quartals 1914. Die Zahl der Eingezogenen stieg gegenüber dem Vormonat um 678, und zwar auf 23 477 (43,1 Proz.). Die Mitgliederabnahme verringerte sich erfreulicherweise auch im August. Sie macht insgesamt 2745 (5 Proz.) aus. Die Zahl der Gefallenen stieg um 88 und weist 1001 auf. Familienangehörige der Eingezogenen waren am 31. August 17 508 Frauen und 34 979 Kinder zu verzeichnen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist von 90 auf 61 (die der Unterstützten von 60 auf 27) gefallen. Verkürzte Arbeitszeit wird nur noch aus Leipzig (2) und verkürzter Lohn aus München (10 Personen) gemeldet.

Die Gesamtsumme der ausgezahlten Unterstützungen hat einen Rückgang von 32 249,65 M. (im Juli) auf 15 292,41 M., erfahren. Der Grund hierfür liegt darin, daß ab 1. August Familienunterstützung nicht mehr gezahlt wird. Dagegen wurden die sonstigen Unterstützungen mehr in Anspruch genommen. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von 442 M. auf 462,50 M. Größere Steigerungen weisen wieder die Krankenunterstützung, 8277,41 M. (im Juli 6542,90 M.), und die Sterbenunterstützung, 6552,50 M. (4898,75 M.), auf.

Im ersten Kriegsjahr sind an Unterstützungen 610 667,69 M. ausgezahlt. Davon entfallen auf Arbeitslosenunter-

stützung 50 259,90 M., Krankenunterstützung 92 705,86 M., an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder, einschließlich der Weibmantsunterstützung, 390 352,53 M. Für Sterbende 15 149,30 M., zur Auszahlung, davon für die bis 1. August als gefallen Gemeldeten 913 Mitglieder 27 300 M. Insgesamt also an besonderer Kriegsunterstützung 417 742,53 M.

Die Vergleichsziffern der früheren Monate sind durch die Aufhebung der Familienunterstützung sowie die Wiedereinführung der vollen statutarischen Rechte seit 1. August 1915 einseitig geworden. Wir beschränken uns daher auf die nachstehende Vergleichstabelle und die weiter oben folgende Uebersicht vom 31. August 1915.

Gau	Mitglieder am Schlusse des Monats 1914	Mitglieder Aufnahme (Rückzahl)	Mitglieder abnahme	Zum 31. August eingezogene	Davon im 1. Halbjahre gefallen	Angehörige der Eingezogenen (Frauen und Kinder)	Rezentale
15. August . . .	54522	36759	1919	10651	—	8517 18001	531
31. " . . .	54522	39432	460	13473	—	9296 18215	727
15. September . . .	54522	36617	2776	13929	—	10092 20817	575
30. " . . .	54522	36656	2779	14569	—	11508 22117	511
15. Oktober . . .	54522	36747	2491	15044	—	11921 22730	459
31. " . . .	54522	36929	2805	15262	—	12099 23347	462
30. November . . .	54522	35858	2893	15647	—	12478 23867	460
31. Dezember . . .	54522	34850	3600	16072	—	12494 24070	523
31. Januar 1915 . . .	54522	34333	3627	16562	—	12909 24631	423
28. Februar . . .	54522	33585	3461	17476	540	13576 25075	317
31. März . . .	54522	31831	3395	19296	643	14796 27893	204
30. April . . .	54522	31046	2968	20508	715	15721 30588	82
31. Mai . . .	54522	30322	3075	21125	772	16102 31782	67
30. Juni . . .	54522	29207	3345	21970	835	16703 32677	72
31. Juli . . .	54522	28482	3041	22790	913	17294 33614	90
31. August . . .	54522	28300	2745	23477	1001	17808 34979	61

Stand unserer Organisation am 31. August 1915.

Ort	Gau	Mitgliederzahl am		Mitgliederabnahme * Zunahme	Summe eingezogen	Davon im Jahre gefallen	Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose Zahl	Davon erblitt. Unterbringung	Zum 1. d. 31. August am Stande der Hauptkasse angesetzte Altersrenten			Gesamtsumme				
		31. August 1914	31. August 1915				Frauen	Männer			an Arbeitslose	an Kranke	in Sterbefällen					
1	Magdeburg	780	431	111	244	13	190	367	—	—	192	35	110	—	242	35		
2	Berlin	9619	5346	816	5089	199	3445	5841	10	5	88	75	1394	—	1292	50	2605	25
3	Brandenburg	1022	602	166	354	21	295	577	2	1	7	50	96	—	160	—	263	50
4	Bremen	2670	1819	23	1028	58	743	1500	—	—	—	—	230	—	415	—	645	—
5	Breslau	1300	610	5	755	29	665	1479	1	1	9	—	199	—	390	—	589	—
6	Dresden	3381	1900	109	1312	71	1138	1970	5	1	23	—	532	50	655	—	1210	50
7	Düsseldorf	2459	810	612	1037	41	743	1274	1	—	17	50	286	50	285	—	589	—
8	Köln	3109	1613	157	1339	38	1065	2421	5	2	24	50	764	11	190	—	978	61
9	Hamburg	7075	3592	17	3406	111	2399	4195	2	2	33	—	478	25	510	—	1021	25
10	Niederrhein	1171	654	66	451	26	378	786	1	1	6	25	152	50	60	—	218	75
11	Stettin	1102	338	154	670	34	580	1277	—	—	—	—	135	50	125	—	260	50
12	Leipzig	3172	1669	260	1243	48	1048	2149	4	1	60	50	677	25	600	—	1397	75
13	Magdeburg	1596	1035	34	595	34	504	1010	—	—	—	—	387	—	120	—	507	—
14	Magdeburg	1439	936	52	615	25	476	850	2	2	37	50	341	75	185	—	564	25
15	Wuppertal	3326	1768	166	1392	62	981	2647	—	—	—	—	640	—	70	—	710	—
16	Münster	3368	2151	238	979	59	746	1332	5	5	124	—	793	85	825	—	1742	85
17	Stettin	2618	1036	475	1107	52	913	1979	3	8	60	—	287	45	90	—	437	45
18	Strasburg	1909	647	576	686	22	611	1424	1	—	—	—	282	—	300	—	582	—
19	Stuttgart	2908	1487	403	1018	64	858	1858	3	3	21	—	527	40	180	—	728	40
20	Einzelort	312	136	59	97	4	30	43	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		54522	28300	2745	23477	1001	17808	34979	61	27	462	50	8277	41	6552	50	15292	41

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

III. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Als Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fungieren 31 für das Deutsche Reich gebildete Landesversicherungsanstalten und 10 für diesen Versicherungszweig zugelassene Sonderanstalten. Der Bereich der Versicherungsanstalten fällt in der Regel zusammen mit der politischen Abgrenzung der Bundesstaaten und Landesteile. Seit der Schaffung der Invalidenversicherung hat eine Änderung des organisatorischen Aufbaues nicht stattgefunden. Auf Preußen kommen 13, auf Bayern 8 und auf Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Elsass Vorbringen je eine Versicherungsanstalt; die übrigen Staaten besitzen zusammen eine gemeinsame Versicherungsanstalt, desgleichen auch die drei Hansestädte.

Den Vorständen der Landesversicherungsanstalten gehören 230 Mitglieder an, darunter 128 Beamte, dazu kommen noch 56 Vorstandsbeihilfen. Unter den nichtbeamteten Mitgliedern der Vorstände befinden sich 55 Vertreter der Versicherten. Die Gesamtzahl der Ausschußmitglieder beträgt 630. Bei den Sonderanstalten sind die Vorstände gebildet aus 10 beamteten Personen, 34 Vertretern der Arbeitgeber und 67 Vertretern der Versicherten, zusammen 111 Mitglieder. Im Hohen- und Kurambienit der gesamten Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind 3102 Beamte tätig und außerdem noch mit anderen Dienstleistungen 344 Unterbeamte betraut. Dieser Personalstand wird noch erhöht durch die bei den Versicherungsanstalten tätigen 493 Heberwahrungsbeamten. In den Heilanstalten, Zahnkliniken, den Invaliden- und Waisenanstalten usw. der Versicherungsträger sind insgesamt 2304 Personen beschäftigt.

Über die Zahl der Versicherten werden keine Angaben gemacht, sie läßt sich nur auf Grund der verkauften Marken annähernd berechnen. Insgesamt wurden 1913 814 575 752 Marken umgesetzt, geteilt durch 50 Wochenbeiträge würde diese Zahl rund 16 Millionen Versicherte als Mindestzahl ergeben, die wirkliche Zahl dürfte erheblich höher sein.

An Renten wurden im Jahre 1913 von den Versicherungsanstalten folgende: 11 806 Kranken-, 134 159 Invaliden- und 11 906 Altersrenten; ferner 34 696 Hinterbliebenenrenten, und zwar 8474 Witwen- und Wüner-, 303 Witwenkassen- und 25 019 Waisenrenten, das sind zusammen 192 567 Rentenleistungen. Es kamen dann noch weiter hinzu 6 Zusatzrenten. Als einmalige Leistungen wurden gewährt in 8052 Fällen Witwen Geld und in 460 Fällen eine Waisenaussteuer. Als Zahl der Waisenkassenrenten gelten die Waisenaussteuer (Waisen einer Familie). Die wirkliche Zahl der Waisen, für die Rentenleistungen erfolgen, beträgt 64 770.

Der Gesamtjahresbeitrag für die Zusatzrenten beträgt 11 265 488 Mk., er liegt gegen das Vorjahr um 4 362 121 Mk. Von dem Gesamtbeitrag kommen auf die 31 Versicherungsanstalten 30 975 801 Mk. und auf die 10 Sonderanstalten 2 409 687 Mk.

Die Gesamtzahl der laufenden Invaliden- und Altersrenten betrug am Schluß des Jahres 1913 1 102 159.

Die Tendenz der Entwicklung ist ein ständiger Rückgang der Altersrenten und eine fortgesetzte Zunahme der Invalidenrenten, welche den Gesamtbestand an Renten fortlaufend steigert.

Die Wirksamkeit der durch die Reichsversicherungsordnung neu geschaffenen Hinterbliebenenversicherung ist erst mit dem Jahre 1912 eingetreten. Es bedarf noch einer Reihe von Jahren, um aus der Entwicklung dieses Teiles staatlicher Fürsorge Schlüsse ziehen zu können. Doch steht bereits schon heute die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung fest.

Zu den Kosten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gehörte das Reich einen Zuschuß von jährlich 50 Mk. für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Wünerrente und einen solchen von 25 Mk. für jede Waisenrente sowie einen einmaligen Zuschuß von 50 Mk. für jedes Witwengeld und 16,67 Mk. für jede Waisenaussteuer. Die Zahl der Wochenbeiträge stieg gegen das Vorjahr um 26 181 332.

Der Gesamtverlös aus verkauften Marken beziffert sich einschließlich der Beiträge für Zusatzrenten auf 289 952 641 Mk. (1912: 273 418 701 Mk.). Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung im Jahre 1913 betragen 360 819 315 Mk. (344 668 839 Mk.), an dieser Einnahme haben die Versicherungsanstalten einen Anteil von 327 287 577 Mk. Der Gesamteinnahme steht eine Gesamtausgabe von 184 423 083 Mk. (175 030 124 Mk.) gegenüber, von welcher 168 006 205 Mk. auf die Versicherungsanstalten kommen.

Es wurden verausgabt für: Renten 129 745 839 Mk. (1912: 121 787 877 Mk.), Witwen Gelder 211 167 Mk. (101 14 Mk.), Waisenaussteuer 2420 Mk. (638 Mk.), Heberverfahren 26 185 278 Mk. (23 669 556 Mk.), Invalidenhauspflege 22 089 Mk. (339 Mk.), Nebenleistungen 2 110 786 Mk. (1 793 177 Mk.), Verwaltung 15 370 631 Mk. (11 581 552 Mk.), Erhebungen 2 266 448 Mk. (2 283 984 Mk.), Pensionsverfahren 546 938 Mk. (708 393 Mk.), für Beitragsenthebung und Kontrolle 6 224 310 Mk. (5 907 404 Mk.).

Die ersenkliche Seite an der ganzen Invalidenversicherung ist die Pflege des Heilverfahrens und die dafür aufzuwendenden Summen. Es muß danach getrebt werden, gerade diese Aufgabe mit allen Kräften zu fördern und zur höchsten Entwicklung zu bringen. Wieviel auf diesem Gebiete noch getan werden kann, zeigt die richtige Vermögensaufsäumung durch die Invalidenversicherung. Der Vermögensüberschuß betrug 1913 176 396 232 Mk. und das bis zum Schluß des Berichtsjahres angesammelte Vermögen hat nunmehr bereits die zweite Milliarde erheblich überschritten. Aufgabe des staatlichen Versicherungswesens kann es nicht sein, aus den Beiträgen richtige Vermögen anzusammeln, sondern diese soziale Einrichtung so auszuhalten, daß einer frühzeitig eintretenden Invalidität der wertvollen Bevölkerung mit allen Kräften vorgebeugt wird und diese im Falle des Verjagens ihrer Arbeitskraft im Dienste des wirtschaftlichen Lebens ausreichend vor Not und Sorgen geschützt bleibt.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 27. September 1915.

Die militärischen und politischen Nachrichten dieser Woche überstürzen sich förmlich: deutsche und österreichische Offensiven gegen Serbien, bulgarische Mobilmachung (gegen Serbien!), überall hartnäckiger russischer Widerstand mit ziemlichen Teilerfolgen für die Russen in Wolynien, heftige französische englische Offensive auf der ganzen Westfront, gleichfalls mit einigen Teilerfolgen bei Souchez, südwestlich Lille und zwischen Meims und Argonne. Immer dramatischer wird das Kriegsbild und ferner denn je scheint der Friede zu fern. Die dritte deutsche Kriegsanleihe hat mit 12067 Millionen Mark einen Weltrekord aufgestellt. Sie bedeutet einen stillen Sieg von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auch die deutsche Diplomatie kann nach ihren vielen Niederlagen vor und während des Krieges endlich einen Erfolg buchen, die definitive Annäherung Bulgariens an die Zentralmächte. Der türkisch-bulgarische Vertrag ist jetzt amtlich bekanntgegeben und die bulgarische Mobilmachung wie auch die neu aufgenommene deutsch-österreichische Offensive gegen Serbien beweisen, daß hier ein neues Kriegsstadium im Werden ist. Andererseits hat auch Griechenland mobilisiert (angeblich nur aus Vorsicht!), während Rumänien noch zögert, aber wohl entschlossen russenfreundlich bleibt. — Der zweite furchtbare Winterfeldzug beginnt und selbst Rußland scheint noch lange nicht am Ende seiner Kräfte. Man könnte hoffen, daß beim Scheitern der augenscheinlich groß angelegten französisch-englischen Offensive im Westen den Vierverbandsmächten endlich die Erkenntnis baldiger Friedensnotwendigkeit käme, wie sie bei im Volke aller kriegsführenden Länder längst vorhanden ist. Aber was sind Hoffnungen und Entwürfe in diesen Weltkriegsgeläufen?

Wir lassen die wichtigsten Ereignisse im einzelnen folgen:

19. September. An der belgischen Küste werden Westende und Middekerke von feindlichen Schiffen erfolglos beschossen. — Im Brückenkopf vor Dünaburg bei Nowo-Aleksandrowsk weichen die Russen zurück, 550 Gef. — Letztlich Wilna werden die Russen heftig angegriffen. — Armee Prinz Leopold nähert sich Dworzec und dem Wjshanka-Abchnitt. — Vom nördlichen Donauufer nimmt deutsche Artillerie den Kampf gegen serbische Stellungen bei Semendria auf. Die Österreicher

haben gleichfalls die Offensive gegen Serbien bei Pestgrad und an der Trinantündung aufgenommen. — Heftige russische Angriffe an der Iwafront und bei Lud. Die Österreicher machten 1000 Gefangene. (Die Russen machten nach deren amtlichem Bericht in dieser Gegend seit Ende August über 70000 Gef.) — **20. September.** Im Westen bei Souchez-Arras heftige Artillerie und Sandgranatenschläge. — Armee v. Hindenburg erreicht (östlich von Lidz) Rowogrod. Armee Prinz Leopold erzwingt Uebergang über den Wolgedz bei Dworzec. — Unter Verfolgungskämpfen bringt diese Heeresgruppe bis Nowaja-Wisch vor. — **21. September.** Im Westen vergebliche französische Angriffe bei Souchez. — Im Osten bei Smelina (südwestlich Dünaburg) brechen die deutschen Truppen in 3 Kilometer Breite ein, 2000 Gef., 8 Maschinengewehre. Der Gewia-Abchnitt ist bei Subotniki überschritten. — Armee Prinz Leopold räumt russische Stellungen auf westl. Wjshanka-Abschnitt, 1000 Gef., 5 Maschinengewehre. Czerow wird nach Säuerkampffernommen. — In Litauen bei Nowaja-Wjsh haben Österreicher 900 Gefangene gemacht. — Bulgarien hat Mobilmachung angeordnet. — **22. September.** Im Westen heftige Artillerie und Miegertkämpfe. An drei Stellen wurden französische Artillerie abgeschossen. — Russische Vorstellungen westlich Dünaburg werden erobert, 2270 Gef. — Der Widerstand der Russen nördlich Schmjana ist gebrochen, 1000 Gef. — Armee Prinz Leopold dringt westlich Walowka vor, 380 Gef. — Österreicher nehmen ihre Truppen auf das Westufer des Tyrz zurück. — An der italienischen Front heftige Teilkämpfe, ohne Änderung der Stellungen seit 4 Monaten! — **23. September.** Angriff weißer und farbiger Engländer bei La Passée identifiziert im deutschen Artilleriefeuer. — Vor Dünaburg werden nördlich Smelina russische Stellungen gestürmt, 1000 Gef. — Starke russische Angriffe hatten bei Wilejka vorübergehend Erfolg und gewonnen mehrere Geschütze. — Armee Prinz Leopold hat in Verfolgung den Serwetich-Abchnitt erreicht. — Armee v. Radenien hat nördlich von Lopschin die vorgeschobenen Abteilungen vor umstößendem russischen Angriff hinter den Tpiniskanal und die Jashoda zurückgenommen. — Heftige russische Angriffe bei Nowo-Aleksiniec werden von den Österreichern abgeschlagen. — **24. September.** Die Zeitungen auf die dritte deutsche Kriegsanleihe ergeben über 12 Milliarden! — Eine große französische Offensive hat im Westen begonnen! Nach 50stündiger härtester Artilleriefeuer vorbereitung erfolgte bei Hvern Vorstoß der Engländer, bei Souchez, in der Champagne und den Argonnen heftige französische Angriffe, die im deutschen Feuer blutig zusammenbrachen! — Russische Angriffe südwestlich Lennowa den werden abgeschlagen, Angriffe südlich Solh (Nordwestrußland) fortgesetzt. — Armee

Gewerkschaften und Sozialistengesetz.

Sechszwanzig Jahre sind am 1. Oktober verflossen seit dem Fall des Ausnahmegesetzes, das zwölf Jahre lang der gesamten deutschen Arbeiterbewegung schwere Fesseln anlegte. Den äußeren Anlaß zur Schaffung dieses Gesetzes hatten die Attentate Söders und Nobilings gegen den alten Kaiser gegeben. Zwar hatte keiner der beiden Attentäter mit der Sozialdemokratie oder mit der modernen Arbeiterbewegung überhaupt etwas zu tun; der verworrene Kleinpartei-Sölder war Mitglied der christlich-sozialen Arbeiterpartei Söders, Dr. Nobiling war Mitarbeiter staatsreuer Zeitungen und bekannte sich, soweit er sich über seine politische Gesinnung aussprach, zu nationalliberalen Ansichten. Aber der Reichskanzler Bismarck wußte kein anderes Mittel mehr, um der rasch anwachsenden sozialistischen Bewegung, die besonders durch die 1875 erfolgte Einigung der Eisenacher und der Lassalleaner an Werbekraft gewonnen hatte, Derr zu werden, und so griff er denn zu dem Mittel der ausnahmegesetzlichen Unterdrückung. Am 11. Mai 1878 gab Södel unter den Linden in Berlin seine fehlgehenden Schüsse auf den Kaiser ab. Am 20. Mai bereits ging „ein Gesetzentwurf zur Abwehr sozialdemokratischer Ausdrückungen“ dem Reichstag zu. Der großen Mehrheit des Reichstags wollte es jedoch nicht einleuchten, daß die Tat eines verkommenen Adligen zu führen sei durch die Anhebung der ausführenden Arbeiterbewegung. Nach zweitägiger Debatte wurde die Vorlage mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Der Mißschlag gegen die Volksfreiheit schien abgewendet. Da knallte, wiederum unter den Linden, am 2. Juni die Schrottkinte Nobilings, der den Kaiser leicht verletzete. Am 11. Juni beschloß der Bundesrat die Aufhebung des Reichstages. Unter ungeheurem behördlichem Druck vollzogen sich die Neuwahlen. Kaum waren sie beendet, wurde der Reichstag auch schon einberufen und der Entwurf eines „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ veröffentlicht. Nachdem dieser Entwurf in 12 Sitzungen beraten war, fand er am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149

Stimmen Annahme. Bereits zwei Tage später, am 21. Oktober, trat das Gesetz in Kraft.

Der Zweck des Gesetzes war nach dem § 1: alle Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, zu verbieten. Sofort nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden sämtliche politische Vereine der Arbeitererschaft von der Bildfläche hinweggefegt. Aber dieses Schicksal widerfuhr nicht nur den politischen Organisationen, auch die Gewerkschaften fielen der Gewaltpolitik zum Opfer. Mit den feierlichen Erklärungen, die der Vater des Gesetzes, Reichskanzler Bismarck, vor der Volksvertretung abgegeben hatte, stimmte das Gesetz schlecht überein. Er hatte erklärt, daß er „jede Bewegung fördern werde, die positiv auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet sei, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Anteil an den Erträgen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen“. Auch der nationalliberale Führer v. Bennigsen, der mit seiner Partei dem Ausnahmegesetz zustimmte, hatte den Schein erweckt, als sei an die Anwendung des Gesetzes auf die Gewerkschaften gar nicht zu denken. Er betonte besonders, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht durch dies Gesetz nicht verlieren sollen, daß es ihnen vielmehr möglich bleiben solle, „nach und nach stetig wachsend den Anteil zu erhöhen, den sie an den Arbeitsprodukten haben“. Als jedoch das Gesetz in Kraft war, gab es für die mit seiner Durchführung betrauten Behörden keinen Unterschied mehr zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Noch in den letzten Wochen des Jahres 1878 verließen neben 52 politischen Vereinen 17 gewerkschaftliche Zentralverbände und 62 lokale Fachvereine dem behördlichen Verbot. Daß daneben auch alle Unterrichtsvereine der Arbeitererschaft und selbst harmlose Vergnügungsclubs zertrümmert wurden, sei nur im Vorbeigehen erwähnt. Von den sozialdemokratischen Blättern erwähnten nach dreiwöchiger Geltungsdauer des Gesetzes nur noch zwei, die bereits vor dem Zustande-

Prinz Leopold erkümt Regniewitschi (nordöstlich Nowogrodok). Einige hundert Gef. — An der wolhynischen Front erlitten die Russen große Verluste. — An der Iwa-Linie machten die Oesterreicher 20 Offiziere, 4000 Gef. — Oesterreichische Artillerie beschießt erfolgreich serbische Trains bei Belgrad.

25. September. Die Kämpfe der (seit Monaten vorbereiteten) französisch-englischen Offensive nehmen auf der ganzen Westfront ihren Fortgang. Englische Schiffe schießen auf Zebrügge, müssen sich aber (durch Küstenfeuer vertrieben) zurückziehen. 1 Schiff gesunken, 2 beschädigt. Im Hypern-Abchnitt große Verluste der Engländer, dazu 2 Offiziere, 100 Mann gefangen, 6 Maschinengewehre. Südwestlich Lille haben die Franzosen die vorderste Verteidigungslinie erobert. Sie gewonnen erhebliches Material! Das Dorf Souchez ist von uns geräumt. Zahlreiche andere Angriffe sind aber abgefallen, und 1200 Franzosen gefangen, 10 Maschinengewehre erobert sind. — Zwischen Reims und Argonnen sind die deutschen Truppen zwei bis drei Kilometer zurückgewichen, in die zweite Verteidigungslinie. Alle französischen Durchbruchversuche scheiterten. Bei Courmelon le Grand (westlich Argonnen) sind 3750 Franzosen (darunter 39 Offiziere) gefangen. Vier französische Flugzeuge wurden abgeschossen. — Im Osten vergebliche heftige russische Angriffe bei Wiktka. Nordwestlich Saberejina werden die Russen über die Verejina zurückgeworfen. 900 Gefangene. — Armeekorps Leopold dringt weiter vor. 550 Gefangene. — Die mehrtägigen heftigen russischen Angriffe bei Nowo-Meklinice führten zur vollen Niederlage. Die Oesterreicher brachten den Russen schwere Verluste bei. — Die Italiener beschießen (völlerschwerwiegend) das gefameneigte Note Kreuzspital in Görz. — Griechenland mobilisiert

Artstoffe und Kohlen zu eventuellen Matenzahlungen und 3. die Bekanntgabe etwaiger Verfügungen in den Betrieben durch Anschlag gefordert wurden. Nach vier Wochen ist endlich ein Vergleich an die Arbeiter gekommen, der dahin lautet, daß Punkt 1 und 3 abgelehnt und Punkt 2 bewilligt worden sei. Wenn die städtischen Arbeiter es mit Freuden begrüßen, daß der Punkt 2 bewilligt worden ist, so können sie die Ablehnung der übrigen beiden Punkte nicht verhehlen. In den industriellen Betrieben der Stadt wird eine Feuerungszulage von 10 Proz. gezahlt und die obengenannten Betriebe müssen sich mit 5 Proz. zufrieden geben. Wenn man bedenkt, daß in den oben angeführten Betrieben meist nur ungelernete Arbeiter beschäftigt sind, deren Löhne zwischen 3 und 4 Mk. pro Tag schwanken, wenn man ferner bedenkt, daß in den weitestenteilen Fällen der schlecht bezahlte Arbeiter die größte Familie zu ernähren hat, der Verbrauch an Lebensmitteln dadurch größer ist wie in anderen Haushaltungen, dann kann man die Maßnahme der Stadtverwaltung erst recht nicht begreifen. Warum aber wird denn ein Unterschied unter den städtischen Arbeitern bei der Feuerungszulage gemacht? Alle städtischen Arbeiter haben gleichviel unter der Feuerung zu leiden, und von allen städtischen Arbeitern wird doch verlangt, jezt den ganzen Mann zu stellen. In einem solchen Augenblick sollte man nicht erwarten, daß die Stadtverwaltung Unterschiede zwischen industriellen und nicht-industriellen Arbeiter macht. Auch die Ablehnung von Punkt 3 ist unverständlich. Es sollte doch hierdurch nur eine Reibung zwischen Arbeitern und Vorgesetzten vermieden werden. Wenn zum Beispiel Verfügungen erlassen werden, die zum Nachteil der Arbeiter sind, so sind diese auch den Vorgesetzten bekannt. Wenn aber Verfügungen zum Vorteil der Arbeiter erlassen werden, so können sehr oft die Vorgesetzten sich hierauf nicht beümen, und die Folge ist, daß dann eine Auseinandersetzung notwendig wird. Hoffen wir, daß die Stadtverwaltung ihre Beschlüsse erneut prüft und den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt.

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Kriegs-Teuerungszulage.

Arnstadt i. Th. Verheiratete Arbeiter mit Kindern erhalten vorläufig auf die Dauer von 4 Monat für jedes Kind 75 Pf. Zulage pro Woche.

Döbeln i. S. Nach dem Beschluß der Stadtverordneten vom 17. September erhalten die städtischen Arbeiter mit nicht mehr als 1500 Mk. Jahreseinkommen eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. für jedes Kind.

Hüffeldorf. Die städtischen Arbeiter der Tiefbauämter, des Auhparks und der Friedhof- und Gartenbauverwaltung hatten unter dem 21. August eine Eingabe an die Stadtverwaltung gemacht, in welcher 1. die Gleichstellung der Teuerungszulage den übrigen Betrieben gegenüber, 2. Lieferung von billigen Winter-

Magdeburg. Den städtischen Arbeitern wurde im April d. J. auf Antrag des Arbeiterausschusses eine Kriegsteuerungszulage von täglich 0,30 Mk. gewährt. Unterm 11. September sind die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse erneut mit einem Gesuch an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung herangetreten und haben darin gebeten, mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Teuerung eine weitere Teuerungszulage von 0,40 Mk. pro Tag zu bewilligen. Dieses Gesuch hat insofern Erfolg gehabt, als die Stadtverordneten am 23. September beschloffen, die Teuerungszulage vom 1. Oktober ab von 0,30 Mk. auf 0,50 Mk. zu erhöhen. Der Wunsch der Arbeiter ist also nur zur Hälfte erfüllt worden; immerhin wird durch das Gewährte die Lebenshaltung der Arbeiter ein wenig verbessert. Auch den städtischen Unterbeamten mit einem Jahresgehalt von weniger als 2000 Mk. ist die-

kommen desselben ihre Titel geändert hatten. Für die Arbeiterschaft war eine Zeit absoluter Rechtlosigkeit gekommen. Beim kleinsten Verstoß gegen das Ausnahmegesetz drohten ihr schwere Strafen. Ueber größere Industriegebiete (Berlin, Hamburg, Altona, Leipzig, Stettin, Frankfurt a. M. usw.) wurde der kleine Belagerungszustand verhängt und auf Grund desselben alle halbwegs bekannten Organisationsmitglieder ausgewiesen, von ihrer Familie losgerissen. Die Folge war, daß zunächst eine Art Friedhörsruhe eintrat, die nach etwa drei Jahren zu der sogenannten „milden Praxis“ führte. Man gestattete wieder die Gründung von Vereinen und das Erscheinen von Arbeiterblättern. Letzten Endes aber verfolgte man damit nur den Zweck, dem Epithelium, das auf die Arbeiterschaft losgelassen wurde, den nötigen Spielraum zu lassen. Die Arbeiter verstanden es vortrefflich, die bescheidene Bewegungsfreiheit, die sie erlangt hatten, zu ihrem Vorteil auszunützen. Da und dort entstanden wieder Kadervereine, die sich in den stärker vertretenen Berufen auch bald wieder zu Zentralverbänden zusammenschloffen. Lohnbewegungen entwickelten sich. Es wurde versucht, nachzuholen, was in den vorausgegangenen Jahren hatte verjährt werden müssen.

Natürlich wurde diese Entwicklung der Dinge von der Regierung Bismarcks und ihren Organen mit Argusaugen verfolgt, und es fehlte nicht an polizeilichen und gerichtlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Es bedeutete denn auch kaum eine neue Situation, als der Polizeiminister v. Puttkamer im Frühjahr 1886 seinen berühmten gewordenen Streikerlaß herausgab. Zwar suchte Puttkamer immer noch das Märchen aufrechtzuerhalten, daß „friedlichen“ Lohnkämpfe nichts in den Weg gelegt werden solle, im Reichstag bekannte er aber, daß für ihn hinter jedem Streik die Hand der Revolution lauer. Von diesem Geiste war auch der Erlaß erfüllt, in dem es u. a. hieß: „In dem Augenblick, wo durch Lausachen jene den Umsturzbewegungen dienende Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zutage tritt, wird auch die Notwendigkeit gegeben sein, gegen die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Mündgebungen auf dem Gebiet der Presse sowie des Vereins-

und Versammlungswezens die Vorschriften des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit derselben Strenge zur Anwendung zu bringen wie gegen jene Bestrebungen überhaupt.“ Besonders die Ausweisung wurde gegen die Führer der Streikbewegungen angewandt.

Trud erzeugt aber bekanntlich Gegendrud. Weder mit der politischen noch mit der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter wurden Bismard und seine Helfersbelfer fertig. Die Gewerkschaften wuchsen aufs neue heran. Auch die politische Bewegung hatte vereinsrechtliche Formen gefunden, die vom Ausnahmegesetz schwer zu treffen waren. Die Ausgewiesenen wurden in ihrem neuen Wirkungskreis erfolgreiche Agitatoren der Ideen, die man mit der Ausweisung ausrotten wollte. Von den Wahlen des Jahres 1881 an wandten sich die Arbeiter wieder in wachsender Zahl der Partei zu, die vernichtet werden sollte. Als so die Sozialdemokratie 1890 trotz des Ausnahmegesetzes zur stärksten Partei Deutschlands geworden war, gelang es Bismard nicht mehr, im Reichstag eine Mehrheit für die nochmalige Verlängerung des schlagelblagenen Gesetzes zustande zu bringen. Bismard fiel, das Ausnahmegesetz verjährt in den Erlus der Geschichte, die Bewegung aber, zu deren Erdrosselung das Gesetz bestimmt war, hatte ihre brutalsten Gegner überwunden. Ein noch gewaltigerer Aufstieg lekte jezt ein. Aus den knapp 300 000 Gewerkschaftsmitgliedern, die am Schluß des Jahres 1880 in Deutschland gezählt wurden, sind inzwischen mehr denn 2½ Millionen geworden. Nicht zuletzt haben auch die harten Verfolgungen der Gewerkschaften unterm Ausnahmegesetz dazu beigetragen, den Eifer der Arbeiter im Ausbau ihrer Organisation zu steigern. Großes ist in den verfloffenen 25 Jahren geleistet worden. Viel größere Aufgaben aber stehen uns noch bevor. Unsere Arbeit hat eine Unterbrechung und Störung erfahren durch den unheilvollen Weltkrieg. Sie wird, ungeachtet aller Widerstände, siegesbewußt fortgesetzt werden, wenn der Friede wieder hergestellt ist.

Feuerungszulage auf 0,50 Mk. erhöht werden. — Die kriegsartigen Feuerungszulagen vermindern der Stadt einen jährlichen Mehraufwand von 307 000 Mk.; durch die Erhöhung derselben auf 0,50 Mark erhöht sich der Betrag um 101 000 Mk., so daß der Gesamtaufwand für Feuerungszulagen jährlich 408 000 Mk. beträgt.

Menschen. Den Arbeitern und Nachschubkräften hat der Stadtrat für den Kopf der Familie wöchentlich 50 Pf. Feuerungszulage bewilligt.

Magdeburg. Der Gemeinderat beschloß, wegen der enormen Feuerung den Angehörigen und Arbeitern bis zu einem Gesamteinkommen von 1800 Mk. eine Feuerungszulage oder Erhöhung der Gehälter und Löhne zu gewähren.

Verban. Die städtischen Kollegien beschloßen, ab 1. Oktober eine Feuerungszulage von 5 Proz. des Lohnes zu gewähren.

Rein. Es erhalten verheiratete Arbeiter für 1 Kind 50 Pf., für 2 Kinder 1,— Mk., für 3 und mehr Kinder 1,50 Mk. Zulage wöchentlich.

Aus unserer Bewegung

Berlin. (Ergebnis der Abstimmung über die Beitragserhöhung) Im den durch die Begleitumstände des Weltkrieges hart in Mitleidenschaft gezogenen Finanzen der Volkswirtschaft etwas aufzuhelfen, vor allem aber, um den nach der Verdrängung des Krieges an unsere Massen zu stellenden gewaltigen Anforderungen genügen zu können, hatten Ortsverwaltung, Gewerkschaftsverwaltung, die Vertrauensmänner und eine Mitgliederversammlung einstimmig die Erhöhung des Wochenbeitrages um 5 Pf. beschlossen. Der Mitgliedschaft wurde auf dem Wege der Abstimmung Gelegenheit gegeben, sich gleichfalls zu dieser Frage zu äußern. Hier das Resultat: 3278 Mitglieder haben 3273 gültige Stimmen ab. 5 Stimmen waren ungültig. Es stimmten 2977 männliche und 336 weibliche Mitglieder ab. Von den männlichen Mitgliedern stimmten 2143 für und 494 gegen die Erhöhung. Von den weiblichen Mitgliedern stimmten 333 für und nur 3 gegen die Erhöhung. Insgesamt stimmten also 2776 Mitglieder für und nur 497 gegen die Beitragserhöhung. Nachträglich liefen noch 102 Stimmen männlicher und 1 Stimme weiblicher Mitglieder ein, die bei der Zählung nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Von diesen Stimmen lauteten 81 männliche für und 21 gegen die Erhöhung. Das weibliche Mitglied stimmte für die Erhöhung. Ein wahrhaft glänzendes Resultat und ein bereites Dokument dafür, daß unsere Mitglieder den Ernst der Situation begriffen haben.

Vielefeld. Hier hat man sich die Gewährung von Feuerungszulagen recht leicht gemacht. Die bestehenden Minderzulagen wurden einfach verdoppelt. Selbstverständlich sind die Ausgaben dafür sehr gering, da der größte Teil der Arbeiter nur sehr wenig erhalten. Aber die zunehmende außerordentliche Feuerung verminderte die ohnehin nicht allzu rosige wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter noch mehr. Die Bestrebungen der Arbeiter zur Erlangung einer allgemeinen Feuerungszulage sind daher nur zu erklärlich. Eine im Juli tagende Mitgliederversammlung unseres Verbandes beschloß, für alle Arbeiter eine Feuerungszulage von 50 Pf. pro Tag von der Stadtverwaltung zu fordern. Lange genug hat man sich auf dem Rathause Zeit gelassen. Eine am 7. September tagende Mitgliederversammlung beschäftigte sich daher erneut mit der Feuerung. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die zahlreich versammelten städtischen Arbeiter sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß der Magistrat auf die seitens der Verbandsleitung eingereichten Forderungen der Arbeiter bisher noch keine Antwort erteilt hat. Mit banger Sorge muß der größte Teil der städtischen Arbeiter dem kommenden Winter entgegenzusehen, da die verkürzte Winterarbeitszeit auch eine erhebliche Reduzierung der Löhne zur Folge hat. Der Lohn ist jetzt schon völlig ungenügend. Für die Wintermonate steigen aber die Ausgaben und die Einnahmen sinken. Außerordentliche Not und Elend ist das Los der Mehrzahl der städtischen Arbeiter. Erneut richten daher die Versammelten an den Magistrat das dringende Ersuchen, unverzüglich allen städtischen Arbeitern eine den teuren Verhältnissen entsprechende Feuerungszulage zu gewähren, damit die zunehmende Not etwas gemildert wird.“ Die Verbandsleitung wurde beauftragt, diese Resolution dem Magistrat zur Kenntnis zu bringen. Endlich am 11. September ging der Gemeinderat der Beschlüsse des Magistrats zu. Es heißt da: „Vom 1. Oktober d. J. ab wird die bisher gewährte Feuerungszulage verdoppelt.“ — Damit sind wieder große Teile der städtischen Arbeiter enttäuscht, nur ein Teil erhält geringe Zulagen. Alle Arbeiter, die keine Minder haben, erhalten nichts und die während der Kriegszeit eingestellten Arbeiter gehen ebenfalls leer aus, da die Zulagen nur den ständigen Arbeitern gewährt werden. Unbegreiflich gelassen hat man die Verhältnisse beim Straßen- und Strohbau. Vom nächsten Monat ab tritt für diese Betriebe die erheblich verkürzte Arbeitszeit ein. Wegen die kürzere Arbeitszeit haben die Arbeiter nichts einzuwenden, wenn nicht gleichzeitig damit eine erhebliche Reduzierung der Löhne verbunden wäre. Diese

Arbeiter erhalten Stundenlöhne. Betrachtet man die Arbeitszeit für Dezember und Januar, dann muß man das Verlangen der Arbeiter nach einer nennenswerten Feuerungszulage als berechtigt anerkennen. Viele Arbeiter sind darunter, die in dieser Zeit kaum 18 Mk. Wochenverdienst haben, da die tägliche Arbeitszeit nur 7 1/2 Stunden beträgt. Von diesen Einnahmen in der jetzigen Zeit eine Familie zu ernähren, ist wohl gänzlich ausgeschlossen. Wovon sollen die Arbeiter aber leben? Es kann nicht bestritten werden, daß die Arbeiter bei diesen Einkommen hungern müssen. Auch die Arbeiter haben für die Wintermonate für Heizung und Licht größere Ausgaben als im Sommer. Wovon sollen die Arbeiter aber diese Mehrausgaben bestreiten, wenn sie wie es bei manchen der Fall ist, pro Tag eine Mark weniger Lohn haben? Laß da die städtischen Arbeiter alle Ursache haben, mit banger Sorge dem kommenden Winter entgegenzusehen, ist sehr bezeichnend. Eine allgemeine Feuerungszulage an alle beim Kanal und Straßenausbau beschäftigten Arbeiter wäre das Mindeste gewesen, was die Stadtverwaltung tun mußte. Laß man es nicht getan hat, liefert den Arbeitern erneut den Beweis, daß sie es bisher noch nicht verstanden haben, sich auf dem Rathause den Einfluß zu verschaffen, der notwendig ist, um Arbeiterangelegenheiten im Interesse der Arbeiter zu regeln. Die eifrige Organisationsarbeit ist erforderlich, um diesen Einfluß zu gewinnen.

Töbels. Am 19. April reichte die Gewerkschaft den Antrag auf Gewährung von täglich 30 Pf. Zulage an sämtliche Arbeiter ein. Bis zum 17. September hat man Zeit gebraucht, um einen Beschluß zustande zu bringen, der eigentlich keiner ist. Auf Vorschlag des Rates und des Finanzvorstandes sollen verheiratete Arbeiter bis zu 1500 Mk. Jahresverdienst für jedes Kind wöchentlich 70 Pf. als Feuerungszulage erhalten. Diese Zulage ist an sich schon so unzureichend wie nur möglich, es kommt aber hinzu, daß durch diesen Beschluß neun Zehntel der Arbeiter leer ausgehen. Wie in kleinen Städten allgemein, setzt sich auch in Töbels die städtische Arbeiterkraft aus älteren Leuten zusammen. Diese haben zum größten Teile ihre Kinder schon längst heraus. Sie erhalten also keine Zulage, obgleich auch die Feuerung vor ihnen nicht laß macht. In der Sitzung erklärte zwar der Bürgermeister auf die erhobene scharfe Kritik der Stadtverordneten Bielow und Wieders, die Löhne der städtischen Arbeiter wären, wie in jedem Frühjahr, so auch in diesem nachgeprüft und soweit notwendig auch erhöht worden. Dazu möchten wir denn doch bemerken, daß vor dem Nachprüfen der Löhne kein Arbeiter satt wird! Es ist Tatsache, daß seit dem Frühjahr 1913, seit zwei vollen Jahren also, keine durchgängige Lohnerhöhung stattgefunden hat. Nur in diesem Frühjahr mußte man nachgedrungen im Betriebsamt einigen Inhabern 2 Pf. für die Stunde zulegen, um nur überhaupt Leute zu behalten. Durch diese Zulage glaubt man nun alles getan zu haben, und der „Töbelsche Anzeiger“, das Amtsblatt, stellt sich für verpflichtet, in seinem Bericht zu behaupten, der Verband habe unrichtige Angaben über die Lohnhöhe gemacht, die Löhne wären im Durchschnitt wesentlich höher als angegeben. Das eine heißt sein, mit dieser Zulage können sich die Arbeiter keineswegs zufriedengeben. Sie werden erneut ihre Anträge einreichen. Wollen wir hoffen, daß sich doch noch eine bessere Einsicht Bahn bricht.

Mün. Die Kriegserfrauen der städtischen Arbeiter befürchten, daß sie von dem Bezug der in der Stadtverordnetenversammlung vom 16. September beschlossenen erhöhten Sätze des städtischen Zuschusses ausgeschlossen sind. Der Beschluß lautet nämlich nicht, daß die Vermittlung, wonach die gesamte Unterhaltungssumme der städtischer Kriegsfamilien zwei Drittel des Lohnes plus 3 Mk. erhöhte Reichskriegsunterstützung nicht überschreiten darf, aufgehoben ist. Die Münner Räte hat deshalb der Stadtverwaltung den Antrag unterbreitet, die beschlossene Erhöhung des städtischen Zuschusses auf die bisherigen Unterhaltungen nicht anzurechnen. Ebenfalls hat der Vorstand bereits am 9. September der Verwaltung eine Eingabe unterbreitet, die Kriegserweiterungszulage für die städtischen Arbeiter einer Neuregelung zu unterziehen, und zwar im Sinne des bereits im März d. J. durch die freigeorganierten Arbeiterauschussmitglieder gestellten Antrages. Bis jetzt sind die ledigen und in den Wöchnerinnen stehenden, meist dienstlichen Arbeiter von der Zulage ausgeschlossen.

Magdeburg. Am 18. September tagte unsere Monatsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des auf dem Schlachtfeld gefallenen Verbandskollegen Heid in der üblichen Weise. Ferner wurde mitgeteilt, daß unser Ratsbeamter Kollege Meißner jetzt ebenfalls unter die Fahnen berufen worden ist. Die Massenverwaltung ist bis auf weiteres dem Vorstehenden Kollegen Förster überwiesen. Die Auszahlung von Unterhaltungen usw. geschieht von nun an am Sonntagabend von 6 bis 8 Uhr. Alle andern Angelegenheiten liegen in den Händen des stellvertretenden Gewerkschaften Koll. Witt. Letzterer hielt einen Vortrag über „Die Aufgaben der Arbeiter während des Krieges“. Hierin erläuterte Kollege Witt den Parteibericht. Die Versammlung nahm ferner noch einen Antrag an, um den Magistrat erneut um eine Feuerungszulage von 40 Pf. täglich zu ersuchen.

Städtert. Den in den häßlichen Petriichen beibehaltenen Arbeiter wurde vor zwei Monaten eine Lohnerhöhung in Form der Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. gewährt. Die auf dem Gesamtverbandstag der Arbeiter erhalten folgende Lohnerhöhungen: Verheiratete Arbeiter monatlich 8 Mk. und ledige Arbeiter monatlich 5 Mk. Außerdem erhalten die Verheirateten pro Kind monatlich 0,50 Mk. extra. Das Gesamtwerk befindet sich nicht in wirtschaftlicher Lage, sondern gehört dem Seidlinger Gesamtwerk, einem Konzernunternehmen. -- Die am 21. September stattgefundenen Mitarbeiterparlamentarier Versammlung, Eingaben an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung und die Direction des Gesamtwerks zu richten und darin um Erhöhung der Lohnerhöhungen zu ersuchen.

• **Aus den deutschen Gewerkschaften** •

Die Gewerkschaften am Schluß des ersten Kriegsjahres. In unerwarteter Weise hat sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands während des Krieges wiederholt bemüht, durch Erhebungen bei den ihr angeschlossenen Verbänden den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften statistisch darzustellen. Die letzte dieser Erhebungen wurde am 31. Juli vorgenommen. Die der Generalkommission angeschlossenen Verbände zählten am Schluß des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, 2510585 Mitglieder. Dagegen betrug der Mitgliederbestand am 31. Juli d. J. 1180019. Auch während des Krieges fragten die Gewerkschaften ihre Verbände nicht völlig ein, was durch die Tatsache belegt wird, daß die Statistik 243 837 neu eingetretene Mitglieder verzeichnet. Bei einigen Verbänden ist dieser Zuwachs an neuen Mitgliedern sogar recht beträchtlich. So registriert der Metallarbeiterverband allein 81933 Neuanfassungen, der Bauarbeiterverband 23144 und 4 weitere Verbände gewonnen über 10000 bis 20000 neue Mitglieder. Die Zahl der Eingezogenen hat sich naturgemäß während der Kriegsdauer ständig gesteigert. Bis zum 31. Juli waren 1061404 = 42,7 Proz. zum Heeresdienst eingezogen. Der Prozentsatz der Eingezogenen ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er liegt von 23,6 Proz. bei den Lokalarbeitern bis auf 73,2 Prozent bei den Badern. Von der Verdiensthaltungs über den Grad der Arbeitslosigkeit wurden 1139095 Mitglieder erfaßt. Davon waren am 31. Juli, dem Erhebungstage, 300066 = 26 Proz. arbeitslos. Außerdem arbeitslos noch 44379 Mitglieder bei verletzter Arbeitszeit und verkürztem Lohne. Durch die Anfang September v. J. stattgefundenen Erhebung wurde festgestellt, daß von je 100 Mitgliedern 21,2 arbeitslos waren. Die Gesamtübersicht der Prozentzahlen an den beiden, zehn Monate auseinanderliegenden Erhebungstagen spiegeln die bei Ausbruch des Krieges herbeigeführte plötzliche Unterbrechung des friedlichen Erwerbslebens und die später eingetretene Reorganisation der Wirtschaftslage wider. In auch die Gesamtzahl auf dem Arbeitsmarkt zur Zeit den Umständen nach gering, so weisen doch einzelne Berufe recht erhebliche Arbeitslosenziffern auf. Nicht unangenehm in die Lage bei den Schuhtmachern. Von den Mitgliedern dieses Berufsstandes waren 41,7 Proz. arbeitslos. Diese abnorm hohe Zahl der Arbeitslosigkeit ist hier allerdings auf die weiblichen Mitglieder zurückzuführen, die zu 62,5 Proz. arbeitslos waren. 5 Verbände hatten 10-15, 7 Verbände 3-5, 17 Verbände 1-3 und 11 Verbände weniger als 1 Proz. arbeitslose Mitglieder. 9026 Mitglieder erhielten Arbeitslosenunterstützung. Die Unterstützung der Arbeitslosen seit Beginn des Krieges hat die Zentralverbände übermäßig stark belastet. Bis zum 31. Juli wurden dafür 21578506 Mk. verausgabt. Trotzdem wurden auch noch die Familien der eingezogenen Mitglieder bedacht. Zur Unterstützung derselben wurden 10421584 Mk. aufgewendet. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände für Unterstützungen aller Art vom Beginn des Krieges bis 31. Juli d. J. 36724161 Mk. Das sind Leistungen, die weit über den Rahmen der den Gewerkschaften in Friedenszeiten gestellten Aufgaben hinausgehen. Das „Correspondenzblatt“ hebt denn auch hervor, daß bei dieser starken finanziellen Belastung und der durch die Einberufung der männlichen Mitglieder zum Kriegsdienst erfolgten Schwächung der Gewerkschaften diese kaum alle den nach dem Kriege an sie gestellten Anforderungen völlig gerecht zu werden vermögen. Die aus dem Kriege zurückkehrenden Mitglieder hätten aber das Recht auf Hilfeleistung, wenn sie arbeitslos bleiben oder der Erholung von den Strapazen des Felddienstes bedürfen. Diese Hilfeleistung darf den Gewerkschaften nicht allein überlassen bleiben. Hier sei es Pflicht des Reiches, einzusetzen und ausreichende Mittel für die Hilfsbedürftigen zur Verfügung zu stellen. Es muß anerkannt werden, daß auf Anforderung der Gewerkschaftsvertreter die Reichsregierung weitere 200 Millionen Mark dem Hilfsfonds für die durch den Krieg in ihrer Lebenshaltung Beeinträchtigten und für die Familien der Kriegsteilnehmer überweisen hat. Pflicht der Reichsregierung ist es, zur geeigneten Zeit die zur Hilfeleistung erforderlichen Mittel bereitzustellen.

• **Rundschau** •

Licht der Erkenntnis. Trinnen im dunklen Waldwäldchen bei der Poretschiff. Einer stopft sich die Pfeife und beginnt: „Nicht weiß ich's nicht, hab' ich's gesehen oder hat's mir einer selbst erzählt: Wie unsere Truppen oben in Galizien an die Grenze gekommen sind, stießen sie auf einmal an einen russischen Grenzpfahl. Alles will sich auf ihn losstürzen. Die Einziger werden fort zornig und bestimmen zwei Leute, den Pfahl aus der Erde zu heben. Der sitzt aber so fest, daß zum Schluß wirklich alle mithelfen müssen, das Holz anzugraben.“ „Na und?“ fragt ein junger Bauerntwecht. „Das Holz ist liegen geblieben. Dann hat es ein Traufkutter gefunden und eingeladen. Der führt es nun weit hinein nach Rußland, nach Warschau, nach Moskau oder noch drüber hinaus.“ „Wird es irgendwo in die Erde geschlagen?“ „Dort, wohin es gehört.“ „Wohin gehört es aber?“ „Die Geschichte geht anders!“ Klingt die Stimme eines Dritten aus dem Dunkel. „Der Fuhrwerker trägt den Grenzpfahl nicht nach Rußland. Er fährt mit dem Wagen weiter. Gegen Deutschland. Dort liegen auch gestürzte Pfähle. Und weiter nach Belgien. Dann nach Frankreich. Dann nach Italien. Weite Strecken fährt er. Auf dem Wagen liegt schon lange nicht ein Grenzpfahl mehr allein. Der Fuhrer sammelt alle Grenzpfähle der Welt. Versteht ihr? Alles was er alle hat, ist ihm eifrig kalt geworden und seinen zwei Pferden auch. Da bleibt er stehen, ladet das Holz ab, schichtet es auf und jündet es an. Das gibt Wärme und einen länderweiten Schwim. In dem Licht erkennen dann die Menschen, daß die Grenzpfähle verschwunden sind.“

An die Mütter der schulentlassenen jugendlichen Arbeitskräfte! Nur noch wenige Tage, und für Lehrlinge und Anaben und Mädchen ist mit der Schulentlassung ein Abschnitt ihres Lebens beendet. Da werden die Eltern wieder vor die Notwendigkeit gestellt, den Kindern behilflich zu sein, geeignete Plätze zu finden, die sie betätigen sollen, später einmal den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Diesmal, wo der Vater meist im Felde sein wird, ist es wieder noch viel schwieriger als sonst schon, die richtigen Stellen und überhaupt Eingänge für die Kinder in das Erwerbsleben zu finden. Der Vater hatte doch mehr Verbindungen, auch war er wohl all-berufen kamiten, die früher ganz andere Pläne mit ihren Kindern hatten, müssen jetzt darauf sehen, daß der Junge oder das Mädchen möglichst schnell etwas verdient, denn alles, was zum Leben gebraucht wird, ist teuer, und die Familieneinkünfte sind gering, weil der Hauptverdiener fehlt. Um so mehr ist es deshalb angebracht, darauf zu sehen, daß die neu in das Erwerbsleben eintretenden Anaben und Mädchen vor Schaden bewahrt bleiben, der sowohl durch falsche Berufswahl wie auch durch Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskräfte entstehen kann. Verdes ist nicht so leicht zu vermeiden. Soweit die Kinder selber Wünsche für ihre Berufswahl äußern, stützen sich diese in der Mehrzahl aller Fälle auf das, was sie in Familienkreisen gelegentlich über diesen oder jenen Beruf gehört haben. Zellen nur sind sie von berufsvertrauten Personen eingehend über den Beruf unterrichtet. Sehr oft hängt die Berufswahl auch von Zufälligkeiten ab. Argemal Verwandter oder Bekannter der Familie ist in der Lage, das Kind in dem Betriebe anzubringen, wo er arbeitet, und schon ist die „Berufswahl“ erledigt und die Eltern sind wenigstens diese Sorge los. Diese Form der Berufswahl soll jetzt möglichst beiseite gelassen werden durch Berufsberatungsstellen, die bereits für eine Reihe von Berufen in einer Anzahl Städten vorhanden sind und meist mit der Schule in Verbindung stehen. Leider fehlt hier aber der Einfluß der Arbeiter, die wegen ihrer praktischen Kenntnis des Berufslebens und der Verhältnisse der Arbeiterfamilien über wertvolles lernen können. Heute wird vielfach versucht, jugendliche Arbeitskräfte durch die Berufsberatungsstellen für Gewerbe und Arbeitsarten zu gewinnen, die von der modernen Industrie längst überholt sind und die deshalb und aus verschiedenen anderen Gründen eine besondere Anziehungskraft mehr ausüben. Verhältnismäßig neu sind Berufsberatungsstellen für Mädchen. Hier ist besonders groß der Einfluß der Frauen aus bürgerlichen Kreisen, die danach streben, dem weiblichen Geschlecht alle Berufe zu eröffnen und für die verschiedenen Erwerbszweige eine mehrjährige Lehrzeit fordern. In verschiedenen Berufen, z. B. für die Schneiderin, die Putzmacherin, das Kräftegewerbe, in einigen Städten auch für Wäandmacherin und Stickerin, sind diese Forderungen bereits verwirklicht worden. Es ist nun ohne Zweifel richtig, daß bis vor Kurzem noch Frauen aus Gewohnheit oder falscher Ansicht von Berufen ausgeschlossen blieben, die sich auch für sie eignen. Hier hat der Krieg und das Fehlen genügender männlicher Arbeitskräfte erst Wandel geschaffen. Ebenso richtig ist, daß für weibliche Arbeitskräfte ganz allgemein andere Ausbildungsmethoden üblich sind, als sie für männliche Kräfte angewendet werden. Nicht richtig aber ist, daß die für männliche Arbeitskräfte übliche Ausbildungsmethode nun auch für die Lernenden immer praktisch ist. In den meisten Berufszweigen

haben sich die Arbeiter eine Organisation geschaffen, die auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluss gewonnen hat und auch in der Verbrüderung, vor allen Dingen bei der Ausbildung und Weiterbildung der Lernenden ein Wort mitspricht. Leider ist es aber bisher noch nicht gelungen, auch die Arbeiterinnen in gleicher Weise für die Organisationen zu gewinnen. Um so mehr ist daher die Gefahr vorhanden, daß durch eine wohl aufgemeinte Berufsberatung, die aber die praktischen Berufsverhältnisse und die Verhältnisse der Arbeiterfamilien zu wenig kennt und berücksichtigt, den Arbeiterfamilien und den jugendlichen Arbeiterinnen Schaden entsteht. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Mütter der neu in das Erwerbsleben eintretenden Anaben und Mädchen auf die bestehenden Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam gemacht werden und ihnen gezeigt wird, wie wertvoll es ist, wenn auch die jugendlichen Arbeitskräfte sich diesen Organisationen anschließen. Vertretungen sind in jedem Ort vorhanden. Diese sind ausnahmslos gern bereit, in Fragen der Berufsberatung Auskunft zu geben und den Müttern der jugendlichen Arbeitskräfte mit Rat beiseite zur Seite zu stehen.

Spende der Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen an Kriegswitwen und Kriegswaisen. Die Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen gewährt den Witwen und den Waisen gefallener Kriegsteilnehmer eine einmalige Beihilfe. Diese beträgt für die Witwe 75 M., für jedes Kind 30 M. Voransetzung zur Erlangung dieser Unterstützung ist, daß der Gefallene oder an den Folgen des Krieges Verstorbene die Wartegeld für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat. Ferner ist erforderlich, daß der Verstorbene vor seiner Einziehung Beitragsmarken der Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen rechtmäßig verwendet hat, also Mitglied war. Der Antrag auf Erlangung einer Unterstützung ist bei den Gemeindebehörden zu stellen, durch welche auch die Auszahlung erfolgt. Bei der Wichtigkeit dieser Sache möchten wir sie aufmerksam Beachtung empfehlen.

Lebensmittelpreise. Nach den von Richard Calwer herausgegebenen „Monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise“ wiesen die Preise am Lebensmittelmarkt im Juli d. J. eine weitere Steigerung auf. Im Reichsdurchschnitt war jedoch die Erhöhung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel etwas geringer als im Juni, in dem ebenfalls schon eine wesentliche Milderung der Aufwärtsbewegung eingetreten war. Die den Berechnungen zu Grunde liegende dreifache Marinefeldattribution, die zur Ernährung einer viertöpfigen Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und zwei Kinder) als ausreichend angenommen wird, setzt sich wie folgt zusammen:

Rindfleisch	2400 g	Kartoffeln	9000 g
Schweinefleisch	2250 g	Brot	15750 g
Dammfleisch	2400 g	Butter	1305 g
Weis	400 g	Zucker	1020 g
Bohnen	900 g	Salz	318 g
Erbsen	900 g	Kaffee	315 g
Gerstemehl	1500 g	Teig	63 g
Wachstumen	600 g	Eiweiß	0,33 l

Die Preise dieser Einheiten stellt das Calwerische statistische Bureau jeden Monat nach ziemlich zuverlässigen und einheitlichen Erhebungen der Kleinhandels- oder Marktschallpreise in etwa 200 deutschen Städten (Groß-, Mittel- und Kleinstädte) fest und ermittelt daraus u. a. den Reichsdurchschnitt. Auf diese Weise wurden für jeden einzelnen Monat in den letzten Jahren folgende Werten zusammen als Kostenpreis einer dreifachen Marinefeldattribution in Mark und Pfennigen ermittelt:

	1912	1913	1914	1915	Veränderung seit 1912
Januar	24,60	26,01	25,57	29,65	+ 20,1 Proz.
Februar	24,83	25,86	25,29	31,49	+ 26,8 "
März	25,18	25,83	25,08	32,90	+ 30,6 "
April	25,74	25,61	24,96	34,41	+ 33,7 "
Mai	25,52	25,43	24,70	36,49	+ 40,9 "
Juni	25,85	25,35	24,73	37,36	+ 44,5 "
Juli	26,10	25,88	25,12	38,16	+ 45,8 "
August	26,66	25,83	26,41	—	—
September	26,93	25,78	26,14	—	—
Oktober	26,26	25,73	27,09	—	—
November	26,08	25,58	27,86	—	—
Dezember	26,03	25,46	28,72	—	—
Jahresdurchschnitt	25,80	25,69	25,97	34,35	+ 33,1 Proz.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Kaufkraft des Geldes auf dem Lebensmittelmarkt im Durchschnitt der ersten sieben Monate des laufenden Jahres um 33,1 Proz. geringer war als im Jahre 1912. Im Juli d. J. belief sich diese Verschlechterung des relativen Geld- oder Lohnwertes sogar auf 45,8 Prozent. Gleichzeitig zeigt sich in diesen Ziffern auch der Grad der Macht, den die an einer Steigerung der Lebensmittelpreise interessierten Kreise haben. Zusammenschluß in den Kaufmännischen Vereinen ist daher allen Kollegen dringend zu empfehlen!

* Anhang: In Betreffung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (H. Rühlmann, Reichsanwalt bei Reichsamt für Arbeit, beide Berlin W. 57, Winterfeldtstr. 24. * und: * Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 3.

Demnächst erscheint:
Notiz-Kalender
für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1915-16

Preis 1 Mark, für Mitglieder 50 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Statistische Darstellungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in städtischen Betrieben, in den Pflege- und Badeanstalten, Rentenansprüche der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen usw.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Verbandsvorstand.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| Herm. Becker, Magdeburg
Straßenreinigung
† 24. 9. 1915, 53 Jahre alt. | Wilh. Offeney, Hamburg
Pensionär
† 23. 9. 1915, 69 Jahre alt. |
| Karl Klemm, Magdeburg
Gas- und Wasserwerk
† 23. 9. 1915, 58 Jahre alt. | Erhard Pott, Michaelsberg
Gasaufnehmer
† 25. 9. 1915, 44 Jahre alt. |
| Heinrich Lorenz, Dresden
Straßenreiner
† 20. 9. 1915, 59 Jahre alt. | Karl Schmidt, Hamburg
Pensionär
† 21. 9. 1915, 59 Jahre alt. |
| Edwin Wolf, Dresden
Tiefbauarbeiter
† 10. 9. 1915, 39 Jahre alt. | |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Josef Bögl, Ulm a. D.
am 3. Juli im Alter von 28 Jahren in Frankreich gefallen. | Otto Plage, Charlottenburg
am 2. September im Alter von 31 Jahren gefallen. |
| Wilhelm Gaa, Hamburg
am 6. Juli im Alter von 29 Jahren gefallen. | Johann Rammelt, Dresden
am 20. August im Alter von 39 Jahren in Rußland gefallen. |
| Friedr. Hoffgaard, Hamburg
am 30. August im Alter von 33 Jahren i. Lazarett gestorben. | Ferdinand Schönberg, Berlin
Gasarbeiter, am 28. August im Alter von 44 Jahren gefallen. |
| August Keschikki, Danzig
Hausdiener (Stadt-Krankenhaus) gefallen. | Max Schwarz, Hamburg
am 19. September im Alter von 35 Jahren i. Lazarett gestorben. |
| Otto Lorenz, Zerbst
am 22. August im Alter von 41 Jahren in Rußland gefallen. | Bruno Strande, Danzig
Krankenkassenkontrolleur gefallen. |
| Robert Koth, Danzig
Lohnbauarbeiter gefallen. | Peter Solarek, Dresden
am 27. Juli im Alter von 31 Jahren in Rußland gefallen. |
| Willy Müller, Hamburg
am 18. Jan. i. Alter v. 25 Jahren in russ. Gefangenschaft gestorben. | Johann Wanschura, Bremen
am 25. Aug. i. Alter v. 40 Jahren a. d. italienisch. Grenze gefallen. |
| Hermann Ortel, Berlin
Gasarbeiter, am 16. Juli im Alter von 26 Jahren gefallen. | Heinrich Wehrend, Hamburg
am 7. September im Alter von 30 Jahren im Osten gefallen. |

Ehre ihrem Andenken!